

Sachsen-Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
1703 für Anhalt und Thüringen 1928

Preis: monatlich 3 RM. bei annähernd 250 G.M. ...
Halle-Saale
Dienstag, 17. Juli 1928

Halle-Saale
Dienstag, 17. Juli 1928

Preis: für die Werbenden 25 am besten ...
Dienstag, 17. Juli 1928

Raubmörder Heim vor Gericht

Beginn des Koburger Prozesses
Erregter Beginn - Die Mutter Heims bricht zusammen

(Telegraphische Meldung)

Koburg, 16. Juli.
Im ersten, grauen, wüsten Gerichtssaal in Koburg ...
Der Angeklagte wird beschuldigt, als er den Saal betritt, ...

und wollte ihm die Waffe nehmen, er aber sich mit dem Arm ...
Wort: Wollen Sie zu Ihrer Verteidigung noch etwas anführen?
Angekl.: Ja, von Ende Dezember in Jena habe ich über ...

Die ersten Zeugen

Wannem in der Vernehmung des ...
schlossen. Als erster Zeuge wird der Kriminalwachtmeister ...

Das Eisenbahnunglück in Bayern

Scharfe Kritik der Münchener Presse an der Reichsbahn.

(Telegraphische Meldung)

München, 16. Juli.
In der Münchener Presse kommt eine vielfach scharfe Kritik ...
Zu schreiben die „Mündener Neuzeit“ nach ...

Bevorstehende Einstellung der Elbe-Schiffahrt

(Telegraphische Meldung)

Dresden, 16. Juli.

Aus Koblenz wird gemeldet: Infolge der anhaltenden ...
Zu schreiben ist der Wasserbau der Elbe in den letzten ...

Die italienische Note an Amerika

Rom, 16. Juli.

In der Note, die Mussolini auf den letzten Vorkriegstag ...
dem amerikanischen Vorkriegstag in Rom zugesandt hat, heißt es ...

„Locarno“-Stimmung

Der Gedanke des alten biedereren Berliner ...
Luthefers, durch eine Fahrt von Potsdam nach Paris in ...

Inzwischen ist der antiquarisch anmutende Panzergewagen ...
berachtet mit Grüßen des französischen Kammerpräsidenten ...

Vertical text on the left margin: 1 Uhr, 2 Uhr, 3 Uhr, 4 Uhr, 5 Uhr, 6 Uhr, 7 Uhr, 8 Uhr, 9 Uhr, 10 Uhr, 11 Uhr, 12 Uhr, 1 Uhr, 2 Uhr, 3 Uhr, 4 Uhr, 5 Uhr, 6 Uhr, 7 Uhr, 8 Uhr, 9 Uhr, 10 Uhr, 11 Uhr, 12 Uhr.

Landwirtschaft - Handel - Industrie

Preise, Löhne, Unternehmerrgewinn

Löhne sind Preise - Gewinne aus der Rationalisierung durch Lohn-erhöhungen aufgezehrt - Die Wirtschaft ist keine Wohlfahrtseindring- tung - Keine Wirtschaft ohne Rentabilität

Wirtschaftliche Probleme auf rein der Handelsmäßiger Grundlage zu unterziehen, ist heute eine unheimliche Aufgabe. Die Abwehr gefährlicher Angriffe und um sich das Wohlwollen der Öffentlichkeit nicht zu verlieren, haben sich auch Unternehmerkreise dazu gedrungen lassen, ihre Artikel und Fertigkeiten mit dem besten Geld menschensfreundlicher Einstellung und sozialer Rücksichtnahme zu versehen. Dadurch ist die ungeheure Gefahr betriebsfremder Vorkämpfe, daß sich unser Volk entzweit hat, nach Tausenden zu erhöhen. Während die Kommunisten mit brutaler Offenheit ihre Anschuldigungen und Ziele herantreiben, hat sich die sogenannte liberale Wirtschaftsopposition hinter der zweite Verteidigung: „Einfachheit nur, daß wir auch noch leben!“ Wer würde sich dann noch, daß dieser Politik von der anderen Seite Gegenliebe vorgeworfen wird? - Wir freuen uns daher, einen Aufsatz vorfinden zu können, der aus der Feder eines berühmten Vertreters der Unternehmerrwelt kommt von Dr. Paul Ruppel, Schriftführer der Dresdener Kaufmannschaft. Ohne Haß und Mißgunst, aber auf Grund scharfer Urteile werden hier einige brennende wirtschaftspolitische Fragen behandelt. Die Schlichtung.

Abgesehen von der unmittelbaren Regelung der Preisbildung durch den Staat, wie sie auf wichtigen Wirtschaftsgütern wie z. B. dem Wohnungsmarkt heute durch Gesetz vorgesehen ist, besteht die Besteuerung außerdem noch unmittelbar bei der Preisbildung der gesamten deutschen Wirtschaft durch die

Bestimmung der Löhne und Arbeitsbedingungen mit Hilfe des Schlichtungsverfahrens

und der Verbindlichkeitsklärung von Schlichtungsprüfern. Dieser Zustand hat sich, wenigstens für den oberflächlichen Betrachter, bisher insofern bewährt, als wir doch in den letzten Jahren nur wirtschaftlichen Anstößen durch große Arbeitslosenbewegungen, wie sie z. B. England in seinem Vorkriegszeit erlebt hat, verschont geblieben sind. Trotzdem aber ist die Auflösung der Wirtschaft, daß der Staat auf die Dauer nicht in der Lage ist, ohne Abwärtsentwicklung des Wohlstandes der Gesamtheit in die

Rechtsprechung, die zu rein materiell betrachtet, auch einen eingetragenen durchsichtlichen

Daß der Einbruch hat entstehen können, dieses System sei durchaus tragfähig, ist nämlich darauf zurückzuführen, daß ihm wesentliche Umstände zugekommen sind mit denen auf die Dauer nicht zu rechnen ist. Dies ist einmal die

aufsteigende Konjunktur

der letzten Jahre. Wenn sie auch mehr der Menge wie der Densität nicht bedenklich war, so hätte sie doch wohl durch das freie Spiel der Kräfte zu derselben Erhöhung des Lohnniveaus geführt, die faktisch durch Tarifkämpfe und anderen in anderer Richtung gegangen, dann hätte die bisherige Forderung des Schlichtungsverfahrens schon jetzt Schlichtungs erwidern müssen.

Daß diese nicht geschehen ist, ist außerdem noch der seit Kriegsende durchgeführten

Nationalisierung unserer Erzeugnisse

zu verdanken, von der der preußische Handelsminister Dr. Schreiber im vorletzigen Landtag ausgesprochen hat, daß sie z. B. im Bergbau von 1924 bis 1928 eine Lohnerhöhung von 35 Prozent ermöglicht habe, während die Kohlenpreise nur etwas über 2 Prozent angezogen hätten.

Sie ist nun zweierlei zu bedenken. Die Nationalisierung ist oftmals nicht allein durchgeführt worden, um den steigenden Lohnforderungen zu genügen, sondern hauptsächlich deshalb, um dem ausländischen Wettbewerb entgegenzutreten zu können. Während sich durch die Veredelung der deutschen Erzeugung die Selbstkosten immer mehr steigerten, wurde der

Spielraum für den Unternehmerrgewinn immer geringer, dessen Erhaltung aber ein wesentliches Ziel der Rationalisierung war. Daß dieses nicht erreicht worden ist, weil ein zu großer Teil der Rationalisierungsergebnisse durch die angeführten Umstände, besonders aber durch Erhöhung der Löhne und Soziallagen aufgezehrt worden ist, geht aus den Verhältnissen des Zeitlichkeitsvergleichs über die Erzeugung in die Jahre 1913/14 bis 1928/29 und im Jahre 1928/29 441 Prozent betragen für gegenüber einer Verminderung guter feinstverarbeiteter Produkte von einem 4 Prozent vor dem Krieg und etwa 8 Prozent heutzutage. Dieser können die Folgen der wirtschaftlichen Rationalisierung gar nicht bestritten werden als durch die Tatsache, daß heute das am Risiko nicht beteiligte Exportat sich etwa doppelt so hoch verzinst wie das allen Risiken unterworfenen Unternehmerrkapital.

Da dieser Zustand höchst ungünstig ist, wird niemand bestreiten, trotzdem ist aber nicht damit zu rechnen, daß darin bei der jetzigen Zusammenfassung unserer Regierung in absehbarer Zeit eine Besserung zu erzielen ist. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die von ihr zu befürchtende Verhältnisse der bisherigen Sozialpolitik zu einer Verschärfung der Lage führen muß, da die Rationalisierung ein Maximum und damit einen gewissen Sättigungszustand erreicht hat, so daß es nicht mehr möglich ist, auf diesem Wege etwaige Lohnsteigerungen ohne gleichzeitige Preiserhöhungen auszugleichen.

Während aber der Arbeitsminister und seine Schlichter die Löhne immer mehr erhöhen, so oft ein Tarifvertrag abläuft, läßt die Industrie nicht nur bei den Verhandlungen, sondern auch in der Öffentlichkeit sich über die Preisbildung äußern.

Widerstand, wenn sie versucht, durch Preisbewegungen die so gesteigerten Selbstkosten heranzubringen.

Dies muß dann nicht nur der Nachweise bedürftig erbringen, daß diese Maßnahmen nötig sind, sondern auch, daß sie sich in den meisten Branchen halten, anstatt zu bekennen, wie es Gustav Stolper in seinem Aufsatz „Der gestiefelte Kapitalismus“ im Deutschen Volkswort tut: „Die Industrie will in den niedrigen Selbstkosten hohe Preise und nicht mehr rechtliche Bindungen. Das liegt im Wesen des kapitalistischen Strebens, und der Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft ist dazu da, dieses wirtschaftliche Grundgesetz zu verwirklichen. Aber das darf er in Deutschland nicht tun. Er muß nachweisen, daß er nicht verstanden hat, daß die höchsten Preise noch zu niedrig sind und von der Kapitalistenklasse nur für sich selbst zu verantworten sind.“ Je weniger populär sie aber ist, desto mehr wird die Wirtschaft angesichts der heutigen Regierungszusammensetzung beklagen, daß

die Wirtschaft keine Wohlfahrtseinrichtung darstellt, sondern zum Verdiensten da ist

und daß das in der angelegte Kapital mit dem gleichen Recht eine andere Verwendung hätte, wie der Arbeiter einen anderen gemeinsamen Lohn. Die Wirtschaftsdiskussion dieses Artstandes durch unsere Preis- und Lohnpolitik überdrückt allen wirtschaftlichen Gesetzen und muß daher mit der Zeit zu schwereren wirtschaftlichen Einschränkungen führen.

Daß, daß diese Politik fehlerhaft ist, ist schon jetzt ein untrüger Beweis vorhanden, und zwar die oben angeführte Tatsache, daß bei uns der Kapitalismus seit Jahren weit über den Verhältnismäßigkeiten großer lebenswichtiger Gebiete der deutschen Wirtschaft liegt. „Ein Zwangsstaat, kein politischer Staat“, ist ein Schlagwort, das die Regierungsmacht kann aber, wie Stolper weitgehend sagt, ein Lohnniveau, kann eine Sozial- und Exportpolitik retten, die

Grundarbeit der Wirtschaft, eine ausbreitende Kapitalflut, vernichtet. Wenn die nächste Depressionsperiode der Konjunktur wieder Hunderttausende von Arbeiter- und Familienfamilien und Tausende von Unternehmerrfamilien dem Elend preisgibt, dann ist dies ein Schlagwort, das ein altes Lehrsatz für den Anschauungsunterricht über die Mangelhaftigkeit der Wirtschaft sein, die man vorerzählt hat.“

Vor der Ernte in Mitteldeutschland

Vericht des Halleischen Landvereins.

Von dem diesjährigen Ernteaussfall wird es mehr noch als von allen Interimssituationen abhängen, ob der deutschen Landwirtschaft eine Erleichterung ihrer Notlage geboten wird. Denn eine günstige Ernte würde eine gefährliche Grundlage für die Selbstkosten der Landwirtschaft bedeuten. In Mitteldeutschland ist der Ernteaussfall für die Bestimmung der heimischen Wirtschaftslage noch von besonders hohem Wert, weil in unserem landwirtschaftlich-industriellen Gebiet die Landwirtschaft neben der Industrie einen gleichbedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellt. Und die Lage der gesamten deutschen Wirtschaft wird durch den mitteldeutschen Ernteaussfall wesentlich beeinflusst, da Mitteldeutschland eines der wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsgebiete Deutschlands ist.

Die Ernteaussfälle in dem Bezirk können jetzt, unter dem Vorbehalt des Abhanges günstiger Witterung, außerordentlich beurteilt werden als noch vor wenigen Wochen. Die Nachteile des langanhaltenden kalten und ungeliebten Wetters wurden in letzter Zeit durch vermehrte Witterungsänderungen und dann eintretende Wärme wenigstens zum Teil ausgeglichen. Die bisher nicht sonderlich hoffnungsvollen Ernteaussichten haben sich soweit gebessert, daß zur Zeit zum mindesten mit einer Ernte vom Umfang der vorjährigen, die als gute Mittelenernte anzusehen wird, gerechnet werden können. Die Gefahr, daß der Ernteaussfall in Mitteldeutschland hinter dem Normstand etwas zurückbleibt, durch die Einflüsse der warmen Witterung noch so weit aufgeholt werden, daß eine nicht allzu verlorene Ernte zu erwarten ist. Gegenwärtig zeigt der Regen, der in Mitteldeutschland bevorzugt angeht, mit einem gelassenen und heftigen Wind, vor allem, so gute Seiten auszuweisen. Auch der Regen ist nicht unbedeutend. Die hauptsächlichste Gefahr Mitteldeutschlands, die Zuckerrübe, weist allerorts einen guten Anlauf auf. Bei Wintergetreide ist infolge der Auswirkungen des strengen Winters im Frühjahr mehrfach ein Lückendeckelungsstand festzustellen. Auch bei den Getreidearten wird hier und dort der Mangel gefühlt. Der Sommergetreide steht fast allenthalben gut. Besonders günstig haben sich im Saalegebiet, wo die Wassermenge bekannt und hochwertige Saalegerete angebaut wird, die Ernte entwickelt, so daß eine gute Qualität der Mittelenergie zu erwarten ist. Die Ernte der Wintergerete, die im Sommer im Wintergetreide bereits geerntet. Der Streubrotter wird allgemein als geringer bezeichnet. Der Stand der Kartoffelfelder liegt im allgemeinen zwischen

50 und 60 Prozent eines guten Durchschnitts. Schlecht war der Anlauf der Runkelrüben, die in der Regel eine hervorragende große Röhre mit entzündendem Wind bis zur Reifezeit der Getreideernte durchhalten wird, ob andererseits die Ernte der Kartoffeln und Hackfrüchten keinen Schaden zuzufügt, sind einige diskutierbare Fragen.

Die Finanzierung der mitteldeutschen Ernte ist bezüglich der Beschaffenheit der Landwirtschaft und der gesamten Lage auf dem Gesamtmarkt ein besonders akutes Problem, nämlich die Finanzierung von Rohstoffen und Wechseln sowie die Höhe der Steuerumlagen die Finanzierungsfragen der Landwirtschaft erhöhen. Es darf jedoch erwartet werden, daß die mitteldeutsche Landwirtschaft mit verhältnismäßiger Unterstützung der zuständigen Stellen über alle Schwierigkeiten bei der Finanzierung hinwegkommt. Eine Erleichterung ihrer finanziellen Situation wird allerdings der mitteldeutschen Landwirtschaft durch die „Anfahndungsbank“ nicht in höherem Maße gewährt, da nach dem mitteldeutschen Gebiet etwa nur 2/3 Millionen dieser Kredite fließen sollen, eine Summe, die im Vergleich mit den anderen Gebieten ein geringes Gewicht fällt und zudem noch nicht in den Händen der Landwirtschaft ist. Anzugeben ist die kurzfristige Verfügbarmachung erheblich zurückgefallen.

Vielleicht dürfte sich die Stützungsaktion der Markterhaltung, wie sie in dem landwirtschaftlichen Notprogramm zum Ziel vorgeschrieben ist, weitestgehend auswirken. Eine Verbesserung der Absatzorganisationen kommt in Betracht, um der Landwirtschaft betriebsfremde Preise zu vermeiden.

Die Preise für die Produkte der Landwirtschaft haben noch immer in keinem rechten Verhältnis zu den fast geschwundenen Käufen und Aufkäufen der Landwirtschaft, und finden nicht immer die für diesen Verkehr notwendigen Rentabilität. Sehr unfruchtbar ist die Frage, ob die Transaktion zwischen der Rentenan-Preisenkäufer und der Steuer-Gruppe, einem Konzern des Getreidehandels und der Milchindustrie, durch welche fälschliche Schwankungen des Getreidepreises einseitig und Gunst auf den Getreidehändler - indirekt durch die öffentliche Hand - gewonnen werden soll, eine befriedigende und faire Gestaltung der Getreidepreise erreichen wird. Man wird erwarten müssen, nach welcher Richtung diese Maßnahme, die in der nächsten Zeit für die gesamte deutsche Getreidewirtschaft sich bemerkbar machen wird und eine Markterhaltung durch die Regierung, die sich in der Getreideernte darstellt, sich auswirken wird. Eine neue, nicht nur unbedeutliche Verantwortung des Staates für eine rein wirtschaftliche Angelegenheit ist damit geschaffen worden.

Erfolge der Werkvereine

Eine der bedeutendsten Schwächen der sogenannten „Werkvereine“ (arbeitsfriedliche, auch „gelbe“ genannt) war bisher die mangelnde Tariffähigkeit. Sie haben um dieses Manko mit Aufgebot aller Kräfte gekämpft. Der Erfolg, den sie bisher erreicht haben, zeigt folgende Zusammenfassung von Urteilen der Verwaltungsbehörden und Gerichte:

Regensburg, 16. August 1927: Entscheidung der Regierung der Oberpfalz dahingehend, daß der Einigungs- und Sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (a) und b) des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die Verletzung der von Werkvereinen vorgeschlagenen Tarifverträge Arbeitsgericht Nürnberg abzugeben ist.

Bremen, 8. September 1927: Urteil des Schlichtungs-ausschusses Bremen, daß dem Antrag der Werkvereine (Klein- und Angestellte) der Stadt Bremen auf Wählung von bestmöglichen - neben den gewerkschaftlich bestehenden - Tarifverträgen einzuwirken ist.

Berlin, 20. September 1927: Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin auf Anerkennung des Werkvereins der Stadt Potsdam als einer tariffähigen, wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern.

Wuppertal, 1. Februar 1928: Urteil des Reichsarbeitsgerichts auf Zurückweisung der gegen das Erkenntnis des Landesarbeitsgerichts Berlin eingeleiteten Revision; die Entscheidung des letzteren bleibt somit zu Recht bestehen.

Wolff, 20. Oktober 1927: Urteil des Amtsgerichts Witten auf Abschaffung der Leitung des Werkvereins Witten wegen Arbeitsverweigerung, insofern die dortige dortselbst bestehende mit der Arbeiterschaft getätigte Tarifverträge für den Betrieb rechtsfähig ist.

Stettin, 13. Dezember 1927: Urteil des Landesarbeitsgerichts Stettin auf Anerkennung des als inoffizierelle Grundlage der rührenden Arbeitervereins zugrunde als einer vertretungsberechtigten, wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern.

Augsburg, 20. März 1928: Urteil des Schlichtungs-ausschusses Augsburg auf Ablehnung eines Antrages des landesdemokratischen Arbeiterverbandes, an Stelle eines Tarifvertrages einen gewerkschaftlichen Tarifvertrag zu schließen.

Stettin, 13. Dezember 1927: Urteil des Landesarbeitsgerichts Stettin auf Abschaffung der Leitung des Werkvereins Witten wegen Arbeitsverweigerung, insofern die dortige dortselbst bestehende mit der Arbeiterschaft getätigte Tarifverträge für den Betrieb rechtsfähig ist.

Wernburg (Saale), 14. März 1928: Die Staatsanwaltschaft lehnt die Einleitung eines Strafverfahrens gegen ein Werk in Wernburg (Saale) wegen Verletzung der Arbeitszeitbestimmung ab; damit ist ein mit Recht bestehendes allgemeines Tarifverhältnis als nicht bestehend anerkannt.

Wiesbaden, 16. März 1928: Urteil des Landesarbeitsgerichts Wiesbaden dahingehend, daß ein Ansuchen dem Werkverein der Firma Wilmking und der Firma Wilmking abgelehntes Werkvereinbarung (Mehrentgelt, Lohnabkommen und Arbeitszeitbestimmung) rechtsverbindlich ist.

Deutschlands Biererzeugung

Insgesamt wurden hergestellt:

1927/28	51,6 Millionen Hektoliter Bier
1926/27	48,3 Millionen Hektoliter Bier
1925/26	47,5 Millionen Hektoliter Bier
1924/25	38,1 Millionen Hektoliter Bier

Bierverbrauch pro Kopf der Bevölkerung

1913	1924/25	1925/26	1926/27	1927/28
102 l	75 l	76 l	80 l	80 l



Wochenbericht über den Markt der Rohwolle der Gemme- und Privatart. Im Gegensatz zu der flauen und unfrischen Tendenz an den übrigen Wertpapiermärkten blieb die Stimmung am Rohwollmarkt auch in der vergangenen Woche durchaus freundlich. Das Interesse für Rohwolle verhielt sich im Laufe der Woche und des Rohwollmarktes war an den letzten unter Wert bereit. Das herauskommende Material wurde nicht nur glatt aufgenommen, sondern es wurden sogar verhältnismäßig höhere Preise angelegt. Die Geschäftstätigkeit erzielte sich auf fast sämtliche Werte. Ein besonders angeregter Verkehr entwickelte sich am Spinnmarkt, wo die Rohwollleistungen teilweise eine ansehnliche Höhe erreichten. Am Rohwollmarkt war die Kurssteigerung trotz allem Geschäft nicht einseitig. Hier lagen vor allem Rohwollarten-Matten mehr unter dem Druck der herrschenden Tendenz für Terminpapier. Diese Arten (Kassafur von 6. 7. - 248 Prozent, Kassafur am 13. 7. - 237 Prozent) verloren 2 Prozent. An der Wochenfristabgabe (Kassafur) zeigte sich jedoch ein fasteres Aufkommen an der Berliner Börse einige Aufwärtsbewegung, doch kam diese lediglich in einem Ausmaß der Umfänglichkeit zum Ausdruck. Die Kurse blieben durchweg nicht nur behauptet, sondern schlossen speziell für Stapel teilweise höher. Wichtiges des Rohwollablaufs lauten die Nachrichten recht günstig.

Geologische Förderung des Schweineexportes durch die Reichsregierung. Der von Reichsregierung durch Erhöhung von Ausfuhrsubventionen geförderter Export deutscher Schweine nach Österreich hat in letzter Zeit stark zugenommen; die Ausfuhr nach Ost- und Westeuropa liegt jetzt weit über dem Stand der letzten Jahre. In Italien haben sich infolge der dortigen Regierung, die Einfuhr lebender Schweine nicht zulassen will, so daß unter Umständen Grenzschlichter erwidert werden müssen. Die Verhandlungen mit Frankreich wegen Lieferung von Schweinen auf Reparationskonto sowie im freien Verkehr haben noch kein endgültiges Ergebnis gezeigt.

Börsen- und Kursberichte im Abendblatt

Aben
Heute
Die W
Gestern
Wochenbericht
Der Z
Aben